Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Amtsblatt

Postscheckkonto: Leipzig 21208. Girokasse Riesa Nr. 52.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 257. Montag, 4. November 1918, abends. 71. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 3.60 Mark, monatlich 1.20 Mark. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundschrift-Zeile (7 Silben) 30 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Kindermehl betreffend.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 29. Mai laufenden Jahres wird darauf hingewiesen, daß Kindermehl bis auf weiteres wegen Mangel an erforderlichen Rohstoffen nicht mehr hergestellt werden kann.

Sobald der Verkauf wieder beginnt, wird anderweit Bekanntgabe erfolgen.

Großenhain, am 1. November 1918.

1596 e III. **Der Kommunalverband.**

Unterstützung der minderbemittelten Bevölkerung zwecks Beschaffung von Hausbrandkohle.

Zur Unterstützung der minderbemittelten Bevölkerung zwecks Beschaffung der Hausbrandkohle ist uns eine Reichsbeihülfe gewährt worden.

Diese Reichsbeihülfe werden wir an **Minderbemittelte mit selbständigem Haushalt** zur Verteilung bringen. Als solche werden angesehen:

1. Ehepaare ohne Anhang und Einzelpersonen mit einem jährlichen Einkommen bis zu 1250 M.,
2. Ehepaare bezw. Einzelpersonen mit bis zu 2 zu versorgenden erwerbslosen Personen mit einem jährlichen Einkommen bis zu 1600 M.,
3. Ehepaare und Einzelpersonen mit mehr als 2 zu versorgenden erwerbslosen Personen mit einem jährlichen Einkommen bis zu 1900 M.

Um festzustellen, wieviel Haushalte bei Verteilung der Beihülfe zu berücksichtigen sind, und sodann berechnen zu können, welche Beihülfe auf den einzelnen Haushalt pro Monat gewährt werden kann, fordern wir Diejenigen, welche Anspruch auf die Beihülfe machen wollen, auf, sich zu melden.

Die **Meldungen** werden im **Rathaus, Polizeiwache**, entgegengenommen, und zwar

Dienstag, den 5. November 1918, nachmittags 3—6 Uhr von Denjenigen, die ihre Lebensmittelkarten abholen im **Gasthaus Stern**, in der **Polizeiwache**, im **Ratskeller** und in der **Knabenschule**,

Mittwoch, den 6. November 1918, nachmittags 3—6 Uhr von Denjenigen, die ihre Lebensmittelkarten abholen in der Schankwirtschaft **„Elbterrasse"**, in der **Carolaschule**, im **Realprogymnasium**, in der Schankwirtschaft **Dampfbadschänke**, im Gasthaus **„Stadt Dresden"** und im Gasthaus **„Deutsches Haus"**.

Die Brotausweiskarte und der Steuerzettel oder ein sonstiger Einkommensnachweis sind hierbei vorzulegen.

Die Beihülfe wird in Gestalt von Gutscheinen gewährt werden. Der Tag der Ausgabe der Gutscheine wird später bekanntgegeben werden. Wir machen jedoch schon jetzt darauf aufmerksam, daß die auf den einzelnen Haushalt entfallende Beihülfe bei der Beschränktheit der verfügbaren Mittel sehr gering sein wird.

Der Rat der Stadt Riesa, den 4. November 1918. Ghm.

Kohlenverkaufspreise.

In teilweiser Abänderung unserer Bekanntmachung vom 10. Juli 1918 — Nr. 159 des Riesaer Tageblattes vom 11. Juli 1918 — werden als **Kleinverkaufsrichtpreise für böhmische Braunkohlen** bis auf weiteres festgesetzt:

2.75 M. pro Zentner ab Lager des Kohlenhändlers,
3.15 M. pro Zentner frei vors Haus.

Der Rat der Stadt Riesa, den 4. November 1918. Ghm.

Grießkartenausgabe.

Die Ausgabe der Grießvorzugskarten für

a) Schwangere vom Anfang des 9. Schwangerschaftsmonats,
b) stillende Mütter bezw. Wöchnerinnen

erfolgt nach Vorlegung entsprechender Bescheinigung der Hebamme bezw. des Arztes

Mittwoch, den 6. November 1918, nachmittags 3—6 Uhr

im Rathaus Lebensmittelkartenzentrale, Zimmer Nr. 13.

Die bisher gültigen Ausweiskarten sind bei der Entnahme der neuen Grießvorzugskarten unbedingt mitzubringen. Bei späterer Abholung sind 50 Pfg. Gebühren für besondere Abfertigung zu entrichten.

Der Rat der Stadt Riesa, den 4. November 1918. R.

Der 3. Termin Gemeindeeinkommensteuer ist am

1. November 1918

fällig gewesen und binnen 14 Tagen an unsere Steuerkasse zu bezahlen.

Gröba, Elbe, am 1. November 1918. **Der Gemeindevorstand.**

Brennholzverkauf für Minderbemittelte

Dienstag, den 5. November von vorm. 8 Uhr bei Herrn Klose.

Weida, am 4. November 1918. **Der Gemeindevorstand.**

Die Gemeindekassen einschließlich der Ortssteuereinnahme und die Schulkasse werden seit heute im Gemeindeamte mitverwaltet. Geöffnet sind diese Kassen werktäglich von vorm. 8 bis mittags 1 Uhr.

Weida, am 4. November 1918. **Der Gemeindevorstand.**

Ein Erlaß des Kaisers.

Berlin, 3. November. (Amtlich.) Der Kaiser hat bei dem Inkrafttreten der Verfassungsänderung folgenden Erlaß an den Reichskanzler gerichtet:

Eurer Großherzoglichen Hoheit lasse Ich in der Anlage den Mir zur Ausfertigung vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung und der Gesetze, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878 zur alsbaldigen Veröffentlichung wieder zugehen. Ich habe den Wunsch, bei diesem für die weitere Geschichte des deutschen Volkes so bedeutungsvollen Schritt zum Ausdruck zu bringen, was Mich bewegt. Vorbereitet durch eine Reihe von Regierungsakten tritt jetzt eine neue Ordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewalten und emporstrebenden Kräften hat sie unserem Volk jene gewaltige Entwickelung ermöglicht, die sich in den wunderbaren Leistungen dieses Krieges unvergänglich offenbart. In furchtbaren Stürmen der vier Kriegsjahre aber sind alte Formen zerbrochen, nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuen Lebensgestaltungen Platz zu machen. Nach den Vollbringungen dieser Zeit hat das deutsche Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt. Dieser Ueberzeugung verdanken die jetzt vom Reichstag angenommenen und erweiterten Vorlagen der Verbündeten Regierungen ihre Entstehung. Ich aber trete diesen Beschlüssen der Volksvertretung mit Meinen hohen Verbündeten bei in dem festen Willen, was an Mir liegt, in ihrer vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, daß Ich damit dem Wohle des deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst am Volk.

So möge die neue Ordnung viel gute Kräfte freimachen, deren unser Volk bedarf, um die schweren Prüfungen zu bestehen, die über das Reich verhängt sind, und um aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft zu gewinnen.

Berlin, 28. Oktober 1918.

(gez.) Wilhelm, I. R.
(gegengez.) Prinz Max von Baden.

* * *

Die Kaiserfrage.

Nachdem Staatssekretär Scheidemann in einem Schreiben an den Reichskanzler die Notwendigkeit dargelegt hat, daß der Kaiser zurücktrete, haben, wie der Lokalanzeiger hört, in den letzten Tagen Besprechungen der Parteien stattgefunden, um zu dieser neuen Forderung der äußersten Linken Stellung zu nehmen. Nach ihrem Ergebnis dürfte die Frage, ob für die **Abdankung des Kaisers Veranlassung oder Notwendigkeit vorliege, verneinend** zu beantworten sein. Die Haltung der Zentrumspartei ist durch die mehrfachen Erklärungen der Germania wiedergegeben, die nationalliberale Fraktion hat in einer Besprechung, an der auch Staatsminister Dr. Friedberg als Vertreter der Partei im Kriegskabinett teilnahm, daß das Kaisertum der Hohenzollerndynastie als tatkräftiges Symbol der deutschen Einheit erhalten bleiben müsse, da sonst der Zerfall des Deutschen Reiches unaufhaltsam sein würde. Die erzwungene Abdankung des Kaisers aber wäre nichts anderes als der erzwungene Uebergang zur Republik. Innerhalb der **fortschrittlichen Volkspartei unterstützen nur** die Kreise um Quidde und ähnlich Gesinnte die Forderung auf Abdankung. Die christlichsoziale Arbeiterschaft ist eben erst durch eine Kundgebung des Abgeordneten Behrens entschieden für das Kaisertum eingetreten. Da sich inzwischen auch bei den süddeutschen Sozialdemokraten, insbesondere bei den Sozialdemokraten Badens Stimmen gemeldet haben, die sich gegen den Schritt Scheidemanns wenden, so darf wohl festgestellt werden, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sich gegen diesen Schritt wendet. — Das Kriegskabinett hat zu dem Antrag des Staatssekretärs Scheidemann an den Reichskanzler in Sachen eines Thronverzichtes des Kaisers noch keinen Beschluß gefaßt. Die Mehrheit im Kriegskabinett ist der Auffassung zweier Staatssekretäre beigetreten, vor Erörterung des Scheidemannschen Antrages die Erledigung der Waffenstillstandsfrage abzuwarten.

Die Kölnische Volkszeitung schreibt in ihrer gestrigen Ausgabe unter der Ueberschrift: „Schluß mit der Kaiserdebatte": Wenn die geringste haltbare Verknüpfung zwischen Herbeiführung des Friedens und Abdankung des Kaisers bestände, dann könnte man die Kaiserdebatte verstehen. Da das aber nicht der Fall ist, so kann diese den deutschen Interessen nur im höchsten Grade abträglich sein. Mit der günstigen oder ungünstigen Friedensaussicht hat die Person des Kaisers nichts zu tun. Das politische System im deutschen Reiche ist geändert, das ist die Hauptsache. Auch für Wilson ist die Abänderung des Systems die Hauptsache und das einzige Moment in der Beurteilung der Friedensmöglichkeit, das geht aus dem letzten Satze seiner dritten Note in aller nur wünschenswerten Deutlichkeit hervor. Da ist von der Forderung einer Abdankung des Kaisers mit keiner Silbe die Rede, auch „zwischen den Zeilen" ist sie nicht zu lesen. Wenn es Wilson um die Abdankung des Kaisers zu tun wäre, würde er das deutlich gesagt haben. Wir haben Grund zu der Annahme, daß wir mit der Deutung der Wilsonschen Note nicht nur unsere private Meinung zum Ausdruck bringen. Fällt das Kaisertum in Deutschland, dann ist die deutsche Einheit im höchsten Grade gefährdet und den zerstörenden Tendenzen der radikalsten Art ist Tür und Tor geöffnet. Man sollte sich wirklich davor hüten, den Stein ins Rollen zu bringen, der zur Lawine werden kann. Die Kaiserfrage muß vollständig und endgültig aus der öffentlichen Debatte in Deutschland verschwinden.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 4. November 1918.

—* **Beförderungen und Auszeichnungen.** Vizefeldwebel **Klunker**, Hilfslehrer in Heyda, wurde zum Leutnant d. Res. befördert. Das Ritterkreuz 2. Klasse vom Albrechtsorden erhielt Leutnant d. Res. **Arno Haase**, Lehrer in Zeithain, das Ritterkreuz vom Hohenzoll. Hausorden Leutnant d. Res. **H. Fischer**, Hilfslehrer in Zeithain. — Der Feldwebel **Kurt Hübner** ist zum Offizier-Stellvertreter und vorübergehenden Companieführer befördert, zugleich mit der goldnen siegmaringschen Ehren-Medaille ausgezeichnet worden, selbiger ist der Sohn des Streckenarbeiters P. Hübner in Riesa.

— **Neue sächsiche Staatsminister.** Se. Maj. der König hat, nachdem die beiden Kammern den Gesetzentwurf über die veränderte Zusammensetzung des Gesamtministeriums angenommen haben, die Landtagsabgeordneten Fräßdorf, Günther, Heldt und Nitzschke, Leutsch, zu Staatsministern ernannt. Die Abgeordneten Fräßdorf und Heldt gehören der sozialdemokratischen Partei. Abg. Günther der fortschrittlichen Volkspartei und Abg. Nitzschke, Leutsch, der nationalliberalen Partei an. Die neuen Staatsminister bleiben Mitglied der Zweiten Kammer, ebenso brauchen sie ihren Beruf nicht aufzugeben. Für ihre Mühewaltungen erhalten sie eine besondere Entschädigung, deren Höhe vom Staatsrat festgesetzt wird.

—* **Getötet durch die Hochspannungsleitung.** Die beiden Schulknaben, der 11jährige Erich Ewald Jäger und der 13jährige Willi Jäger, in Gröbel, spielten mit einem sogenannten Flieger aus Papier in der Nähe der elektrischen Hochspannungsleitung. Sie verwendeten dazu einen dünnen Metalldraht, an dessen einem Ende sie einen Stein gebunden hatten. Mit diesem Stein warfen sie dann nach der Hochspannungsleitung. Der Draht hat sich um die unterste Hochspannungsleitung geschlungen und ist dadurch stromleitend geworden. Der Knabe Ewald Jäger, der das andere Ende des Drahtes in der Hand hielt, wurde durch den Strom auf der Stelle getötet. Das Betriebspersonal des Elektrizitätsverbandes Gröba hat in letzter Zeit wahrgenommen, daß die Schulkinder häufig nach den Hochspannungsleitungen mit Steinen werfen und es sei daher hiermit nochmals die Ermahnung ausgesprochen, die Kinder strengstens anzuweisen, derartigen Unfug zu unterlassen.

—* **Stiftung.** Seine Königliche Hoheit Kronprinz Georg von Sachsen hat anläßlich der am 1. und 2. November d. J. stattfindenden Landessammlung des Roten Kreuzes dem Landesausschuß der Vereine vom Roten Kreuz im Königreiche Sachsen 2000.— M. gestiftet.

Unsere schwere Zeit

fordert Einstellung der Kräfte auf die neue Lage. Auch Umwälzungen im Reiche und unerfüllte Hoffnungen auf Schlachtenglück dürfen nicht vergessen lassen, daß die Geschlossenheit des Volkes oberste Pflicht bleibt. Der Erfolg der 9. Kriegs-Anleihe soll beweisen, daß Deutschlands Stoßkraft ungebrochen ist, bereit zum Frieden, fähig zum Kampf.

DEUTSCHES VOLK

—* **Verein für Glasversicherung.** Am 1. November hielt der Verein für Glasversicherung in Riesa seine Mitgliederversammlung ab. Aus dem Jahresberichte ging hervor, daß der Verein 248 Mitglieder zählt, für welche Spiegelscheiben und sonstige Gläser in Höhe von 94393 M. versichert sind. Es wurde beschlossen, die im Vorjahre eingeführte Erhebung von doppelten Prämien, zufolge der überaus hohen Glaspreise, wieder in Wegfall zu stellen, da der Vermögensstand des Vereins trotz niedriger Prämiensätze und der Gewährung von 25% Prämienrabatt an die Versicherten nach sechsjähriger Mitgliedschaft ein sehr guter ist.

—* **Brennesselsammlung-Schluß.** Es ist anzunehmen, daß soweit die gesammelten Brennesselstengel nicht schon abgeliefert sind, dies nunmehr geschehen und somit die Sammlung beendet werden kann. Sollte die alsbaldige Anlieferung an eine der Hauptsammelstellen in den